

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Kontext der aktuellen Reformen in der Arbeitsmarktpolitik

Doris Barnett, Mitglied des Bundestages, Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Meine Damen und Herren,

alle hier im Saal wissen: die Situation auf dem Arbeits- wie Ausbildungsmarkt für unsere Jugendlichen ist außerordentlich besorgniserregend. Ausbildungsplätze werden aber nicht durch schöne Sonntagsreden geschaffen, sondern durch konkrete Taten. Wir alle sind heute hier zusammengekommen, um konkrete Lösungen für ein konkretes Problem zu finden: jeder Jugendliche in Hessen und im restlichem Bundesgebiet soll im Herbst ein adäquates Ausbildungsangebot erhalten, eines, das seinen persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten gerecht wird. Diesen konkreten Ausbildungskonsens gilt es für die unsere Jugendlichen fassbar zu machen.

Meine Damen und Herren, ich weiß dass Sie alle hier Experten in Sachen Ausbildung sind. Sie vor Ort sind es, die den Ausbildungskonsens mit Leben füllen können. Sie werden Ihre Ideen und Vorschläge einbringen, die dann hoffentlich zusammen mit den Initiativen auf Bundesebene zu mehr Ausbildung vor Ort führen können.

Der heutige Veranstalter, das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH trägt zu diesem Ziel erfolgreich bei. Schließlich versorgt es Ministerien sowie auch private Institutionen im Auftrag mit konkreten arbeitsmarktpolitischen und berufsspezifischen Informationen, Ergebnissen aus Projektarbeit, und dies in stets verlässlicher Art und Weise.

Sie kennen alle die bundesweiten Zahlen. Da gibt es wenig zu beschönigen:

Im März waren 562.000 Jugendliche arbeitslos, 57.000 mehr als vor einem Jahr. Über 130.000 Jugendliche waren sogar länger als 6 Monate ohne Arbeit. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2002 ist um rund 42.000 auf bundesweit ca. 572.000 zurückgegangen.

In diesem Jahr ist ein weiterer Rückgang des Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu befürchten. Ende März lag die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen um rd. 13 % niedriger als vor einem Jahr. Gleichzeitig sind 2.700 mehr Ausbildungsbewerber noch nicht vermittelt.

Hier in Hessen liegt die Jugendarbeitslosigkeit mit einer Quote von 8,1% im April zwar unter dem Bundesdurchschnitt von 10,8 % (Bundesgebiet West 8,9 %), aber es gibt nichts schönzureden: der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit hat zugenommen!

Der Verdrängungswettbewerb unter den Jugendlichen wird auf dem Ausbildungsstellenmarkt immer mehr zunehmen. Vor allem: ihr Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit unseres bewährten

dualen Systems, vielleicht sogar der Marktwirtschaft insgesamt kann schwer geschädigt werden.

Wegen der aktuell wenig befriedigenden Konjunkturlage stehen die Zeichen auch für die weitere Entwicklung für Ausbildungen nicht günstiger.

Die Konjunkturabhängigkeit des betrieblichen Lehrstellenangebotes ist die Achillesferse unserer ansonsten hoch bewährten dualen beruflichen Bildung. Wenn wir hier nicht kurzfristig alle gemeinsam für eine nachhaltige Erhöhung des Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen sorgen, gefährden wir die Glaubwürdigkeit des gesamten Systems.

Forderungen nach einer verstärkten Rolle des Staates und finanziellen Abgaben sind dann die unweigerliche Folge.

Ich stimme hier deshalb mit dem Bundeswirtschaftsminister Clement überein: wir brauchen einen „Pakt für die Jugend“, um unser gemeinsames Ziel nachhaltig und konkret zu bekräftigen, allen Jugendlichen, die dies anstreben, eine duale Berufsausbildung zu ermöglichen.

Denn Investitionen in die Bildung sind für unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft absolut entscheidend. Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule muss ein entscheidender deutscher Standortvorteil bleiben. Sie liegt – abgesehen von der gesellschaftspolitischen Verpflichtung – im ureigensten Interesse der Wirtschaft, aber auch der öffentlichen Verwaltungen.

Deswegen haben Bundesregierung und Sozialpartner die Ausbildungsoffensive 2003 gestartet. Jeder will in seinem Bereich dazu beitragen, die Ausbildungszusage an die Jugendlichen einzulösen.

Die Chance, schon heute dem drohenden Fachkräftemangel von Morgen vorzubeugen, muss genutzt werden. Deshalb gilt es, auf Betriebsebene wieder eine vorausschauende, funktionierende Personalplanung einzuführen und zu verstärken.

Wirtschaftsverbände und vor allem die einzelnen Unternehmen, Gewerkschaften und Arbeitnehmer, Bund und Länder – wir alle müssen gemeinsam jeder in seinem Verantwortungsbereich alles erdenkliche Bewährte, aber auch unkonventionell Neue unternehmen mit dem Ziel: So viele Ausbildungsplätze zu mobilisieren, dass jedem willigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten werden kann. An dieser Stelle kann man schon mal auf den Tarifabschluss in der chemischen Industrie hinweisen: es gibt mehr Lohn und mehr Ausbildungsplätze.

Wir können nicht warten, bis die wirtschafts-, finanz-, sozial- und hoffentlich auch tarifpolitischen Weichenstellungen in Deutschland zu mehr Wachstum geführt haben. Wir müssen kurzfristig und jetzt handeln.

Ich werde mich – und dies nicht nur in meiner Region - sondern auch natürlich hauptsächlich in meiner Funktion als Bundestagsabgeordnete persönlich bei den Betrieben um zusätzliche Ausbildungsplätze bemühen.

Mit der Förderung regionaler und lokaler Projekte haben wir es im Rahmen des Jugendsofortprogramms bewerkstelligt, seit 1999 über 60.000 Ausbildungsplätze zu schaffen. (Bündnis für Arbeit verabredete 40.000 Ausbildungsplätze im IT-Bereich, tatsächlich gab es 60.000. Es kommt halt immer auf die Interessen der Beteiligten an.) Solche Erfolge geben Mut. Die Arbeitsämter können nach Auslaufen des Jugendsofortprogramms Ende des Jahres die Förderung im Rahmen der Beauftragung Dritter mit der Vermittlung fortsetzen, wenn sie dies für erfolgversprechend halten.

Ich bin auch grundsätzlich bereit, die aner kennenswerten Bemühungen der Wirtschaft durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ausbildung auf der Linie der zehn Handlungsfelder des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung zu unterstützen:

- Um generell Ausbilden und Lernen im dualen System insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen attraktiver und einfacher zu gestalten (das gilt auch bei Neugründungen und Betriebe in ausländischem Besitz, z. B. die vielen Läden in türkischer Hand), müssen alle bürokratischen Hemmnisse beseitigt, die Ordnungsmittel entschlackt und die Verfahren verschlankt werden.
Als ersten Schritt werden wir deshalb die Ausbildungseignungsverordnung für fünf Jahre aussetzen. Wer jetzt „Nein“ sagt, muss zumindest eigene Lösungen vorlegen. Außerdem lassen die vorgesehenen Revisionsklauseln die Möglichkeit, neue Wege zu beschreiten und im Falle, dass sie nicht den Erfolg bringen, wieder zurückzuholen.
- Die Wirtschaft braucht neue und flexible Ausbildungsberufe insbesondere im Dienstleistungssektor und für weniger komplexe Anforderungsbereiche, um auch leistungsschwächeren Jugendlichen eine Ausbildung im dualen System zu ermöglichen. Ich begrüße die Ankündigung der Wirtschaft, kurzfristig umsetzungsreife Konzepte zu unterbreiten. Hier kommen Sie ins Spiel, die ja über solche Konzepte verfügen und auch mit Kooperationen Erfahrung haben. Noch vor der Sommerpause könnte Minister Clement diese Konzepte in der Monitoringrunde beraten und kurzfristig in das Sachverständigenverfahren gegeben werden.
- Qualifizierungsbausteine als Instrument der Berufsvorbereitung, aber auch der Arbeitsmarktfähigkeit befinden sich schon in der Erprobung und werden von Unternehmen wie Bildungsträgern entwickelt und angeboten. Damit verbessern sich die Ausbildungschancen von leistungsschwächeren Jugendlichen.
- Das Programm „Kapital für Arbeit mit bis zu 100.000 € zinsgünstigen Krediten für kleine und mittlere Unternehmen bei der Einstellung von Arbeitslosen haben wir jetzt für die Einstellung von Ausbildungssuchenden ohne Ausbildungsplatz geöffnet.
- In den neuen Ländern soll das Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramm 2003 verstetigt und weiterhin mit 14.000 Plätzen fortgeführt werden.
- Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe soll künftig jedem arbeitslosen Jugendlichen von 15 bis 25 Jahren, der keinen Ausbildungsplatz und keine Beschäftigung findet, ein zumutbares verpflichtendes Beschäftigungs- oder Qualifizierungsangebot gemacht werden.
- Wir werden das Jugendsofortprogramm zur verstärkten Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Rahmen der Kampagne für mehr Ausbildung und Beschäftigung von jungen Menschen intensivieren.

Die Arbeitsämter erhalten mehr Spielraum, das Verhältnis von Theorie und Praxis im Betrieb den individuellen Bedürfnissen anzupassen: Dadurch werden noch nicht ausbildungsgerechte Jugendliche betriebsnäher auf ihre Ausbildung vorbereitet. Auch hier kann auf INBAS-Erfahrungen zurückgegriffen werden.

- Das Angebot an Deutschkursen für arbeitslose Ausländer und Aussiedler wird mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds ausgeweitet: Auf diese Weise werden Migrantinnen und Migranten besser in Ausbildung und Arbeit vermittelt, bzw. sie erhalten überhaupt erst eine realistische Chance.
- Bis zu drei Monaten können junge Arbeitslose ohne Berufsabschluss unter Fortzahlung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ein betriebliches Praktikum absolvieren: Sie qualifizieren sich auf diese Weise weiter und erhalten die Chance, ihren Arbeitgeber für eine langfristige Beschäftigung zu gewinnen.
Die Richtlinienänderung wird zur Zeit vorbereitet und voraussichtlich am 1. Juli 2003 in

Kraft treten. Im Jugendsofortprogramm sind Eintritte noch bis Ende des Jahres möglich. Bewährte Elemente sind bereits durch das Job-Aktiv-Gesetz - mit Wirkung vom 1. Januar 2004 - in das Arbeitsförderungsrecht übernommen worden.

- Die Bundesregierung und der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit stellen sicher, dass die Förderung berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen mindestens auf Vorjahresniveau fortgeführt wird. Bei den Ausschreibungen für neue berufsvorbereitende Maßnahmen bleibt das Ziel bestehen, nur solche Jugendliche zu fördern, die nicht unmittelbar in eine Ausbildungsstelle zu vermitteln sind.

Nicht zuletzt wird auch die Bundesanstalt für Arbeit ihre Dienste verstärkt auf die besonderen Bedürfnisse des Ausbildungsmarkts ausrichten. So werden die Arbeitsämter ihre Kontakte zu ausbildungsberechtigten Betrieben intensivieren, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu gewinnen. Bei der Einstellung von Jugendlichen, die nicht „erste Wahl“ sind, erhalten die Betriebe Hilfe. Auf der anderen Seite werden die Arbeitsämter Jugendliche verstärkt überregional in Ausbildung vermitteln und in der Beratung vermehrt auch auf Alternativen der Berufswahl hinweisen.

Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die der Aufnahme einer auswärtigen Ausbildung entgegenstehen, hilft das Arbeitsamt bei Bedarf mit Berufsausbildungsbeihilfe. Die Fördersätze sind 2001 genauso wie im BAföG deutlich erhöht worden. Dies hat dazu geführt, dass im Jahr 2002 die Ausgaben von 243 Mio. € auf knapp 350 Mio. € gesteigert werden konnten. Damit konnten 30 % mehr Auszubildende gefördert werden.

Aber auch die Länder sind jetzt aufgefordert, die notwendigen Schulreformen zügig voranzutreiben, damit alle Schüler ausbildungsfähig sind und Arbeitsamt und Betriebe kein Schulersatz werden.